

1 Änderungsantrag Ä1 zum 9/II/2023**2 Jusos Brandenburg, AGS**

3

4

5 Neuer Text und Titel:**6 Neue Wege in der Bildung: Rechts- und Finanzwissen
7 als Schlüsselkompetenzen****8 Der Landesparteitag der SPD Brandenburg möge beschließen:****9**
**10 Die SPD Brandenburg fordern die SPD-Fraktion im
11 Landtag sowie die SPD-geführten Ministerien auf:**

- 12 1. Bei den Verhandlungen der Hochschulrah-**
13 menverträge Mittel für die Implementierung
14 einer Zusatzqualifikation „Recht“ für Lehr-
15 amtsstudierende an der Juristischen Fakultät
16 der Universität Potsdam bereitzustellen und
17 deren Errichtung zu fördern.
- 18 2. Eine Rechtsfortbildung bei der Neustrukturierung**
19 des LISUM (Landesinstitut für Schule und
20 Medien) zu berücksichtigen.
- 21 3. Die Einführung eines „Finanzunterrichts“ in**
22 den 9. und 10. Klassen aller Schulformen wird
23 als notwendig erachtet, um Schüler*innen einen
24 Überblick über unser Wirtschaftssystem,
25 Budgetplanung und Finanzierungsprodukte
26 zu geben. Dies soll in den Lehrplänen verankert
27 werden, mit dem Ziel, Kenntnisse für die
28 gesellschaftliche und persönliche Wirtschafts-
29 und Haushaltsführung zu vermitteln.
- 30 4. Alle Schüler*innen im Alter von 14 bis 17 Jahren**
31 sollten frühzeitig ein Verständnis für mikro-
32 und makroökonomisches Wissen erlangen.
33 Dieses Wissen soll auf lebensnahen, prakti-
34 schen Anwendungen basieren, die Bereiche
35 wie Banken-/Kreditwirtschaft, Versicherungswirtschaft,
36 Verbraucherzentralen und andere wirtschaftlich
37 tätige Konsortien umfassen. Ziel ist es, das
38 Basiswissen der Schüler*innen zu erweitern und
39 bessere Kenntnisse über wirtschaftliche Zusammenhänge
40 in Industrien, privaten und öffentlichen Institutionen
41 zu erzielen. Dabei soll auch eine Medienkompetenz
42 im Umgang mit „Fake News“ gefördert werden.
43
44
45

46 Begründung

47 Um die nachfolgenden Generationen zu mündigen
48 und selbstbestimmten Bürger*innen zu machen,
49 braucht es auch die Auseinandersetzung mit dem
50 Rechtssystem. Vor allem für Studierende der Schul-
51 fächer politische Bildung als auch Wirtschaft, Arbeit
52 und Technik, denen die Aufgabe obliegt, dieses Ziel
53 zu fördern, ist es daher unerlässlich, grundlegende
54 Kenntnisse erwerben zu können, um dieser Aufgabe
55 gerecht zu werden. Aber weder in der Studienord-
56 nung für das Lehramt WAT (Wirtschaft, Arbeit und
57 Technik) noch für das der politischen Bildung werden
58 verbindlich rechtliche Inhalte vermittelt.
59 Dafür gibt es aber die Möglichkeit, eingetragene
60 Zusatzqualifikationen zu erwerben. Dies ist auch keine
61 Neuerung in der Lehrkräfteausbildung. Sie zer-

62 tifizieren, dass die Studierenden Kenntnisse in be-
63 stimmten Bereichen erlangt haben, die unter Um-
64 ständen auch bei der Bewerbung an den entspre-
65 chenden Wunschschulen besonders berücksichtigt
66 werden können.

67 Da sowohl politische Bildung als auch WAT unum-
68 gänglich Bezüge zum Recht erfordern (Arbeitsrecht;
69 Staatsorganisationsrecht und Grundrechtsdogma-
70 tik), die aber mangels Berücksichtigung im Studium
71 nicht vermittelt werden, kann den Schüler*innen
72 nicht ausreichend der Stoff vermittelt werden, der
73 aber für ein selbstbestimmtes Leben unumgänglich
74 ist.

75 Daher ist es notwendig, eine solche Zusatzqualifi-
76 kation anzubieten, um den Studierenden die Mög-
77 lichkeit zu gewähren, diese Kenntnisse zu erlangen.
78 An der Juristischen Fakultät der Universität Potsdam
79 können hierfür bereits jetzt bestehende Veranstal-
80 tungen genutzt werden. Einzig erforderlich ist die
81 Einrichtung einer Stelle für Rechtsdidaktik, die aber
82 auch an einem Lehrstuhl angesiedelt werden kann.
83 So kann es gelingen, frühzeitig WAT und PB umfang-
84 reich qualitativ aufzuwerten.

85 In diesem Zuge müssen auch Fortbildungen für
86 Lehrkräfte angeboten werden. Da das LISUM derweil
87 neustrukturiert wird, soll hierbei die Implementie-
88 rung einer Rechtsfortbildung mitgedacht werden,
89 um auch bestehenden Lehrkräften die Chance zu ge-
90 ben, sich in diesem Bereich besser aufzustellen.

91 Wir helfen den jungen Menschen dabei, ihren zu-
92 künftigen finanziellen Alltag besser zu gestalten
93 und schützen sie somit langfristig vor finanzieller
94 Überforderung und Überschuldung. Wir setzen da-
95 mit eine Empfehlung der OECD um, wie sie bereits
96 in vielen Mitgliedsstaaten erfolgt ist. Dabei ist strikt
97 auf die Wettbewerbsneutralität bei Finanzproduk-
98 ten zu achten. Dem ansteigenden Trend von Über-
99 schuldung und Privatinsolvenzen von jungen Men-
100 schen soll entgegen gewirkt werden.